

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 8 (1988)  
**Heft:** 15

**Artikel:** IWF, Schuldenkrise und Neue Weltwirtschaftsordnung  
**Autor:** Trepp, Gian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652066>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## **IWF, Schuldenkrise und Neue Weltwirtschaftsordnung**

### **I**

Das Krisenmanagement des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat in den bald sechs Jahren seit der Pleite Mexikos schon zweimal den Namen gewechselt. Was 1982 als „Feuerwehreinsatz“ begann, wurde 1985 in „Baker-Plan“ umgetauft und seit Anfang 1988 taucht nun immer häufiger die Bezeichnung „Menu-Ansatz“ auf.

Trotz dieser Umbenennungen hat sich allerdings die Generallinie der IWF-Schuldenstrategie nicht verändert. Sie heisst: bestehende Kreditverträge bleiben „heilig“, der IWF erlässt keine Schulden, sondern er organisiert und koordiniert Umschuldungsverhandlungen, wo die Rückzahlungsfristen der Altschuld verlängert und die Zinsen erhöht werden, dazu gewährt er neue Kredite zur Bezahlung fälliger Zinsen. Diese Massnahmen sollen die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes aufrechterhalten und Zeit verschaffen, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Als Bedingung für die Neukredite verlangt der IWF die Installierung einer rigorosen Sparpolitik; jene berückichtigten Hungerprogramme zur Drosselung von Konsum bzw. Lebensstandard der Bevölkerung zwecks Steigerung der Exporte. Damit sollen die nötigen Dollars zur Bedienung der äusseren Schuld verdient werden.

Wie IWF Direktor Michel Camdessus anfang März in Zürich darlegte, soll die Generallinie des Krisenmanagements nicht geändert werden. Keine Reform der „Konditionalität“, sondern Revision der „Fazilitäten“, heisst das in der Kunstsprache, die vom IWF zur Verschleierung der Wirklichkeit erfunden wurde; die Hungerprogramme (Konditionalität) bleiben, die Kredite (Fazilitäten) werden weiter erhöht.

1982 bildeten der IWF und die internationalen Banken unter dem drohenden Zusammenbruch des Weltfinanzsystems eine geschlossene Front. Seit her hat sich diese Einheit im Kampf um die Verteilung der Verluste aufgelöst.

Jene internationalen Banken, die es geschafft haben, ihre Risikokredite in hochverschuldeten Ländern zu verringern, stehen nicht mehr bedingungslos hinter dem IWF. Zu diesen Instituten gehören die schweizerischen, deutschen und japanischen Grossbanken, die nach 1982 statt einer Kreditexpansion eine realistischere Abschreibungspolitik betrieben. Generaldirektor Georges Blum vom Schweizerischen Bankverein formuliert seine Kritik am IWF folgendermassen: „Die früher vom IWF angewandte Formel war unbefriedigend, als die Banken unter Zugzwang standen, bei Umschuldungen neue Kredite zu stellen, ohne Kenntnis über deren Verwendung“ (Tagesanzeiger, 8.4.1988).

Ganz anders stellt sich die Situation der traditionellen US-Grossbanken dar. (Ausgenommen sind hier die kometenhaft aufsteigenden überregionalen Banken Kaliforniens und Neuenglands.) Zwei der drei grössten US-Banken des Jahres 1980, „Bankamerica“ und „Chase Manhattan“, sind nicht zuletzt wegen maroder Dritt-Welt-Kredite derart angeschlagen, dass sie heute als Übernahmekandidaten gelten. Sie können es sich nicht leisten, Neukredite zu verweigern und notleidende Kredite ganz abzuschreiben. Für diese Banken ist der IWF ein existentieller Schutzschild vor dem Bankrott.

Die perspektivenlose Verlängerung einer kurzfristigen Krisenstrategie hat den IWF seit 1982 immer mehr zum Gefangenen seiner selber gemacht; die Zahlungsfähigkeit zahlungsunfähiger Schuldner durch ständig neue Kredite rein fiktiv zu gewährleisten, ist zum Zwang geworden.

## II

Hohe Auslandsschulden haben heute viele Staaten. Allen voran die USA, aber auch Italien, Frankreich, Dänemark, England haben ihre Konjunktur teilweise auf Pump im Ausland finanziert. Obwohl die Bonität dieser Schuldner auch nicht über alle Zweifel erhaben ist, spricht der IWF dort nicht von „Schuldenkrise“. Dieser Begriff gilt der Zahlungsunfähigkeit vor allem der südamerikanischen Grossschuldner Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela und in zweiter Linie auch jener der ärmsten Länder der Welt (v.a. in Afrika) sowie einiger weiterer Grossschuldner (Philippinen, Indonesien, Jugoslawien u.a.). Mit den Milliardenkrediten der siebziger Jahre wurde in die sogenannten „Schwellen-Länder“ (Südkorea, Taiwan, Brasilien, Argentinien u.a.) nicht nur Geld gepumpt, sondern gleichzeitig auch ein Wirtschafts- und Entwicklungssystem exportiert. Entwicklung durch Verschuldung auf der Grundlage des Privatkapitalismus – in diesem Schema ist die Verlässlichkeit des Eigentumschutzes eine zentrale Funktionsbedingung der Kapitalakkumulation. Dies zwingt den IWF, in all seinen Verhandlungen und Abkommen das private Eigentum der internationalen Banken zu sichern und eine Position des wucherischen Geldverleihers einzunehmen, die in jedem Volk verhasst ist und heute den Fonds zur Zielscheibe von Massenprotesten macht.

Dieser politisch-ideologisch bedingten absoluten Verteidigung des Nominalwertes aller Kreditverträge opfert der IWF immer mehr auch die marktwirtschaftliche Rationalität. Gemäss eigener Untersuchungen des IWF ist ein Drittel der Kreditgelder gar nie in die betreffenden Länder geflossen und dort produktiv investiert worden, sondern ging postwendend als Fluchtkapital ins Ausland. Dies bedeutet, dass die betreffenden Volkswirtschaften realwirtschaftlich gar nicht in der Lage sind, Erträge zu produzieren, die dann an die ausländischen Gläubiger transferiert werden könnten. Vom IWF unabhängig entstandene Untersuchungen nennen gar Fluchtkapitalanteile bis zu fünfzig Prozent, berücksichtigt man auch die unproduktiven Ausgaben für den Repressionsapparat, für die Waffen, Schmiergelder etc., wird noch deutlicher: aus nicht vorhandenen Investitionen kann kein Ertrag herausge-

wirtschaftet werden, die Schulden können nicht bezahlt werden.

Unter dem Diktat der IWF-Programme schwitzen die verschuldeten Entwicklungsländer Blut. Im Jahr 1987 flossen allein an den IWF netto 6,5 Milliarden US-\$ zurück. Auch für seine Zahlungsbilanzkredite beharrt der Fonds auf volle Rückzahlung und zieht damit mehr Geld aus den Entwicklungsländern heraus, als er auf dem Kreditweg in sie gepumpt hat. Die jährliche Schuldenübersicht der Weltbank (World Debt Tables) verzeichnet seit 1983 einen Nettokapitalabfluss aus den 17 höchstverschuldeten Entwicklungsländern, 1986 waren es rund 25 Milliarden US-\$.

Trotz dieses, mittlerweile schon mehrjährigen, Nettokapitalrückflusses von Süd nach Nord, steigt die Aussenverschuldung der Entwicklungsländer Jahr für Jahr an und liegt gegenwärtig bei rund 1200 Milliarden Dollar. Je mehr das Volk (ver)hungert um zu zahlen, desto höher steigt der Schuldenbetrag.

Ein Ausweg aus dieser für die gesamte Weltwirtschaft explosiven Situation bedingt ein Abschreiben der Schulden. Auch die internationalen Banken wissen das und haben im Rahmen des „Menu-Ansatzes“ marktwirtschaftliche Entschuldungsmethoden entwickelt. Es sind dies finanztechnische Operationen zur Sanierung ihrer Bilanzen, die *nichts* an den fundamentalen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern verändern.

Wenn Schweizerbanken Kreditkontrakte in Milliardenhöhe mit Abschlag auf den Sekundärmärkten abstossen, so gilt der Abschlag selbstverständlich nur für den Käufer. Das Schuldnerland hat nach wie vor gleich hohe Verpflichtungen, statt bei einer renommierten Bank jetzt neu bei einem Spekulanten, der zu allem bereit sein wird, damit seine mit vielleicht 50% Einschlag gekauften Kreditverträge zu 100% zurückbezahlt werden.

Der vielgelobte Umtausch von Schulden in Beteiligungen (debt-to-equity swap) läuft auf einen Ausverkauf der profitablen Sektoren der einheimischen Wirtschaft hinaus: gegen hohe, aber schlechte, übertverschuldete Debitoren tauschen die Banken nominell tiefere Kapitalbeteiligungen an realen Unternehmungen ein. Und die von der J.P. Morganbank auf Mexiko massgeschneiderten „exit bonds“ bringen zwar, kontrolliert von der US-Regierung, eine Schuldenreduktion, dafür aber auch deutlich höhere Zinsen auf der Restschuld.

Der pragmatische Realismus, mit dem die Finanzingenieure bei den internationalen Grossbanken die Schuldenkrise angehen, bringt den Entwicklungsländern auch nichts Gutes – sowenig wie die IWF-Bürokratie mit ihren Routinekonferenzen, wo die Krise lediglich weiter hinausgeschoben wird.

### III

Die Lösung der Schuldenkrise kann nicht nur aus einer „Entschuldung“ kommen, erfolge diese als einseitiges Moratorium oder als Übereinkunft von Schuldner und Gläubigern. Zusätzlich zu den Vorstellungen über den Abbau des alten Modells sind auch wirtschaftspolitische Vorstellungen über

den Aufbau des neuen nötig. So bekommt, wie immer in Krisenzeiten, die Reformperspektive einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung Aufschwung. Auch der heute so perspektivenlos gewordene IWF war ja einst Teil eines solchen Reformentwurfs. Lord Keynes und der Chefbeamte im US-Schatzministerium, „New Deal“-Mann Harry White, die seit 1941 an der Neugestaltung der Friedenswirtschaft nach dem 2. Weltkrieg gearbeitet haben und deren enge Zusammenarbeit schliesslich in den Abkommen von Bretton Woods im Juli 1944 kulminierte, wollten beide die Fehler der Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre überwinden. Vor allem Keynes hoffte, mit der Gründung von IWF und Weltbank Institutionen bereitzustellen für eine Politik der regulierenden Staatseingriffe auch im Bereiche der internationalen Finanzbeziehungen, von Währungszusammenarbeit und Aussenhandel.

Anstelle der Steuerung durch unkontrollierte Markteinflüsse sollten diese Wirtschaftssektoren bewusst, im Geiste der internationalen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Ausgleichs — unter Einschluss der Sowjetunion —, gelenkt werden. In der Praxis kam es anders, beim IWF standen die Interessen der USA stets über den Interessen der anderen kapitalistischen Industriestaaten, von den Entwicklungsländern schon gar nicht zu reden.

Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in der gegenseitiger Nutzen und Ausgleich der Interessen angestrebt wird und die kolonialistische und neokolonialistische Ausbeutermentalität der kapitalistischen Industrieländer überwunden sind, ist eine alte Forderung vieler Länder der Dritten Welt. Im Zusammenhang mit der Schuldenkrise hat sie heute eine neue Aktualität bekommen und wird entsprechend auch von zahlreichen Volksbewegungen erhoben.

Dass die Neue Weltwirtschaftsordnung, eingeführt auf dem Konferenzweg, heute mehr Chancen hat als in den 70er Jahren, erscheint jedoch nicht wahrscheinlich. Eher können heute einzelne Länder radikale Veränderungsprozesse in ihrem Sozialgefüge durchmachen, die in der Folge zur Nichtanerkennung der Schulden von alten Machthabern führen. Für diesen Weg gibt es verschiedene historische Beispiele: So etwa die revolutionären Entschuldungen in Russland 1917 und China 1949 im Geiste des Marxismus-Leninismus (beide Länder haben allerdings kürzlich ihre vorrevolutionären Schulden wieder anerkannt). Oder der Pilotfall für eine radikale Entschuldung auf marktwirtschaftlicher Basis: Das Deutsche Reich zwischen 1931 und 1938. Mittels eines einseitigen Zahlungsstopps des damals grössten Auslandsschuldners schaffte es vor allem Hitlers Finanzzauberer H. Schacht, in nur wenigen Jahren diese äussere Schuld praktisch ganz abzubauen.

Die Strategie des Wirtschaftswachstums durch Verschuldung, so lässt sich abschliessend sagen, hat im Desaster der Schuldenkrise geendet — einer Krise, die über den unmittelbaren Schuldenberg hinaus auch ein Zeichen ist für eine fundamentale Systemkrise des quantitativ ausgerichteten Wachstumsmodells.